Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Geschäftsstelle wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen wöchentlich 60 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 25614.

Insertionspreis 2 Pfg. für die ungespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 1 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresinseraten entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 5 Mk., für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verlib. Inserenten bedingen die Berechnung des Preise-Zeitpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 4. | Sonnabend den 5. Januar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Lebhafte beiderseitige Artillerietätigkeit an der Westfront.

Haltet den Dieb!

Der Kampf um Brest-Litowsk ist in vollen Gange. Mit allen Mitteln der zünftigen Diplomatie sind die Staatsmänner der Westmächte bei der Arbeit, um das im Werden begriffene Friedenswerk zu stören, die zarte Pflanze, die sich im tiefsten russischen Winter verheißungsvoll entwickeln will, aus dem Erdreich wieder mitsamt ihren Wurzeln herauszureißen und zu zertreten. Und mit der Frechheit des Langfingers, der, auf frischer Tat ertappt, seine Beute oder wenigstens seine Person in Sicherheit bringen will und „Haltet den Dieb!" in die Menge hineinruft, um die Rolle des Verfolgten mit derjenigen des eifervollen Verfolgers zu vertauschen, so zetert der westmächtliche Verband mit seinem überlauten Preßgesinde über listige Manöver der deutschen Unterhändler, denen die ahnungslosen Russen zu erliegen drohen, während doch in Wahrheit von London und Paris aus fieberhaft gearbeitet wird, um den Verbündeten im Osten von den Wegen, die zum Frieden führen, fortzuscheuchen. Der Dieb versteht es vortrefflich, das um ihn entstandene Geräusch von seiner Person abzulenken. Aber das Publikum, das er irreführen möchte, ist gewitzigt. Wollen sehen, ob es auch diesmal wieder die Zeche bezahlen wird.

Die Russen sollen gewarnt werden, sich ernstlich mit uns einzulassen. Auf nichts geringeres als ihre Seele hätten wir es abgesehen, nachdem wir ihren Reichskörper mit den Waffen in unsere Gewalt gebracht. Wir heuchelten Friedensliebe und Menschlichkeit vor, nur um ein gutes Geschäft zum Abschluß zu bringen, und wenn Lenin und seine Freunde sich wirklich und endgültig von den Bundesgenossen des einstigen Zaren trennten, würden sie rettungslos der deutschen Sklaverei ausgeliefert sein. Und nur um sie vor diesem Schicksal zu bewahren, würde man doch zusehen, ob die Westmächte nicht in irgendeiner Form Zutritt zu den Verhandlungen von Brest-Litowsk gewinnen könnten. So läßt man z. B. die englische Arbeiterschaft bei dem in Stockholm weilenden Vertreter der Petersburger Regierung vorsichtig anklopfen, ob diese nicht bereit wäre, den Friedensschluß solange zu vertagen, bis eine internationale Sozialistenkonferenz stattgefunden hätte. Man denke nur, eine internationale Sozialistenkonferenz! Am 1. Mai 1917 sollte nach langwierigen und geräuschvollen Vorbereitungen diese Konferenz in der schwedischen Hauptstadt eröffnet werden; aber sie mußte erst auf Tage, dann auf Wochen und Monate und schließlich auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden, weil die großmächtigen Gebieter der britischen und französischen Genossen diese nicht den Gefahren einer unmittelbaren Berührung mit deutschen Sozialisten aussetzen wollten. Und eben wieder hat der zart besaitete Herr Clemenceau sogar Pässe für Petersburg verweigert, weil auch dieser Boden ihm zurzeit für die empfänglichen Gemüter seiner Landeskinder zu gefährlich dünkt. Also da sollen die Russen das Zustandekommen einer internationalen Konferenz abwarten? Man glaubte sie damit wohl bei ihrer schwachen, ja sogar bei ihrer schwächsten Seite zu packen, aber die Erfahrungen des vergangenen Jahres sind sicherlich nicht nutzlos an ihnen vorübergegangen.

Anders versucht es Herr Orlando, der italienische Ministerpräsident. Frieden wollt Ihr? Aber natürlich, warum denn nicht — Ihr braucht Euch bloß an uns und unsere Verbündeten zu halten, so Ihr müßt Euch an uns wenden, denn wir sind diejenigen, die allein den Frieden aufrichtig herbeiführen und die allein auch imstande sind, ihm Sicherheit und Dauer zu geben. Die Deutschen — merkt Ihr denn nicht, daß es denen bloß darum zu tun ist, ihren Raub in die Scheuern zu bringen, um danach über die anderen Völker herfallen zu können, die sie bis jetzt noch nicht völlig unterwerfen konnten? Wollt Ihr Euch wirklich zu Opfern feindlicher Ränke hergeben, die doch eigentlich so plump sind, daß Ihr sie durchschauen müßtet? Vor allem nur keine Überstürzung, laßt Euch Zeit zur Überlegung: noch sind die eisernen Würfel nicht zum letzten Male gefallen, es kann alles ganz anders kommen, auch im Osten, und Ihr entgeht der Gefahr des Bürgerkrieges, mit der Ihr unfehlbar früher oder später rechnen müßt, wenn Ihr Euer Land jetzt den Barbaren ausliefert. So tönt und girrt es vom Tiber zur Newa. Aber dort kann man aus diesem Gerede nur die Aufforderung zur Fortsetzung des Krieges heraushören — und gerade diese ist es, die man unter allen Umständen verhüten will. Solange also den Russen kein Mittel gezeigt wird, wie sie, ohne einen Sonderfrieden abzuschließen, weiterem Blutvergießen entgehen können, solange ist alles Bitten und Flehen ebenso umsonst wie alles Schmeicheln und Drohen. Der allgemeine Friede, ja allerdings, für den sind sie sofort und an erster Stelle zu haben — aber „vorbehaltslos und ausnahmslos" heißt es da in den Abmachungen von Brest-Litowsk: zu ihm müßten sich alle kriegführenden Länder, von Englands herunter bis Panama und Honolulu bekennen, sonst nehmen die Verhandlungen mit den Mittelmächten unweigerlich ihren Fortgang. Die braven Briten lernen hier wieder einmal eine Kehrseite ihrer Alliiertenpolitik kennen: sie knüpften mit dem famosen Londoner Vertrag vom 4. September 1914 ein engmaschiges Netz gegen uns zusammen, und jetzt wird ihnen selbst dieses Netz über den Kopf geworfen. Und da sage noch jemand, es gebe keine Gerechtigkeit in der Weltgeschichte!

Nein, diesmal wird alle Diplomatenschlauheit nichts helfen. Am 4. Januar gibt es in Brest-Litowsk ein freundliches Wiedersehen, und in Petersburg sitzen bereits zahlreiche deutsche Fachmänner mit russischen Bevollmächtigten zusammen, um wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Die Luft ist rein und wird hoffentlich rein bleiben!

In der letzten Stunde.

Allerlei Verbandsmanöver.

Es war vorauszusehen, daß die Presse der Verbandsmächte alle Künste aufwenden würde, um die klare Lage in Brest-Litowsk zunächst nach Möglichkeit zu verwirren. So gibt eine Kopenhagener Meldung die Meinungsäußerung des Petersburger englischen Botschafters Buchanan wieder.

Danach soll der Botschafter in seinem letzten Bericht an Lloyd George darauf hingewiesen haben, daß es keinen anderen Ausweg gäbe, als gemeinsam mit Rußland die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Zu gleicher Zeit meldet ein Amsterdamer Blatt, die Londoner „Daily News" veröffentlicht einen längeren Artikel zur Lage, in dem der Petersburger Korrespondent des Blattes schreibt:

Nach meiner Überzeugung können die deutschen Friedenspläne nur dadurch vereitelt werden, daß wir Friedensbedingungen bekanntgeben, die sich möglichst genau mit den russischen Bedingungen decken, um dann an der Friedenskonferenz teilzunehmen und gleichzeitig die demokratische Bewegung in Deutschland zu unterstützen.

Am 4. abends läuft die von den Mittelmächten den Gegnern gestellte Frist zur Antwort ab; noch aber haben sie — am Vorabend der Entscheidung — sich nicht schlüssig gemacht, wer antworten soll, ob Wilson, Clemenceau oder Lloyd George. Die „Times" weiß nur zu berichten, daß die Antwort der Westmächte „wahrscheinlich eine neue Aufstellung der Kriegziele in Form eines Aufrufes an die feindlichen Völker" enthalten werde. Daß dieses Mittel nicht verfängt, weiß man im Vierverband. Völker und Regierungen der Mittelmächte sind eins. Der klare Wortlaut des Vertrages von Brest-Litowsk macht alle Winkelzüge der Entente zuschanden. Der Abend des vierten Januartages wird über Krieg oder Frieden entscheiden.

Der Krieg.

Brest-Litowsk im Hauptausschuß.

A. Berlin, 3. Januar.

Im Reichstage herrschte heute vormittag bereits reges Leben. Sämtliche Fraktionen bis auf die Gruppe der Deutschen Fraktion waren zu Sitzungen einberufen, die sich natürlich mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk beschäftigen.

Mit Rücksicht auf die Fragen, die zur Erörterung stehen, ist man auf seiten der Mehrheitsparteien der Meinung, das Selbstbestimmungsrecht der Völkerschaften in den besetzten Gebieten nicht durch ein eigentliches Plebiszit, sondern durch parlamentarische Körperschaften aussprechen zu lassen, die auf einer breiten demokratischen Grundlage gebildet werden sollen. Die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten möchte man im Einvernehmen mit den militärischen Stellen nach einer bestimmten, nicht zu lange ausgedehnten Frist, die von der russischen Demobilisierung datieren würde, vornehmen lassen. Der Grundgedanke der Mehrheitsparteien ist der, einen solchen Frieden — Sonderfrieden — zustande zu bringen, der auch bei einer späteren nichtbolschewistischen Regierung keinerlei Revanchegelüsten Raum lassen würde.

Die Frage der Teilnahme der Grenzvölker, die noch in der Schwebe war, ist am heutigen Tage gelöst worden. Staatssekretär v. Kühlmann hat seine Bereitwilligkeit erklärt, mit den Vertretern der Ukraine in Brest-Litowsk zu verhandeln. Die Ukrainer werden wahrscheinlich ein Dekret über die Selbständigkeit der Ukraine überreichen. Die Wünsche der Polen nach einer Vertretung in Brest-Litowsk seien in Wien und Berlin wohlwollend geprüft worden. Es wird den Polen ermöglicht werden, bei gewissen Sonderfragen durch Sachverständige ihre Anschauung vortragen zu lassen.

*

Vorläufig keine Vollsitzungen.

Der Ältesten-Ausschuß des Reichstages tagte heute nachmittag und beschäftigte sich mit den sozialdemokratischen Anträgen zur sofortigen Einberufung des Reichstages. Beschlossen wurde, vorläufig von Vollsitzungen abzusehen. Für den Hauptausschuß sind einstweilen vier Sitzungen vorgesehen, die jedoch möglichst kurz gehalten werden sollen, damit die Abgeordneten Gelegenheit haben, sich in den Fraktionssitzungen auszusprechen.

*

Die erste Ausschußsitzung.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses wurden mit Hoffnungen auf einen guten Frieden eröffnet vom Vorsitzenden Abgeordneten Fehrenbach vom Zentrum. Prinz v. Schönaich-Carolath wurde zum Berichterstatter für das Plenum bestimmt.

Reichskanzler Graf v. Hertling erkannte das Bedürfnis des Reichstages an, mit der Regierung über die Vorgänge in vertrauensvoller Fühlung zu bleiben. Die jetzigen Mitteilungen gelten für die Vergangenheit und heute, ob sie morgen noch gelten werden, wissen wir nicht. **Zwischenfälle sind nicht ausgeschlossen.** Doch sind **gute Hoffnungen** vorhanden, die Verhandlungen zu **befriedigendem Ende** zu führen.

Unterstaatssekretär vom Auswärtigen Amt v. d. Busche in Vertretung des in Brest-Litowsk weilenden Staatssekretärs v. Kühlmann gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick. Gewisse Schwierigkeiten seien entstanden durch die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die in den Vordergrund getreten sei, da Rußland gegenüber Finnland dieses Recht zugestanden habe. Dann gab der Unterstaatssekretär vertrauliche Aufklärungen wirtschaftlicher Natur. **Der Ausschuß begann darauf die Besprechung der politischen Fragen.**

*

(Hauptausschuß — Schluß!)

An die Mitteilungen des Unterstaatssekretärs von dem Busche knüpft sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der der Wunsch des Ausschusses, die Denkschrift von Rohrbach und Schiemann, die im Kriegsministerium ausgearbeitet sein soll, kennenzulernen, hervortritt. Abg. Erzberger (Zentr.) bringt zum Ausdruck, daß er mit den Erklärungen der deutschen Delegation in Brest-Litowsk einverstanden sei. Das Selbstbestimmungsrecht der in Frage kommenden Volksstämme müsse klar und offen zutage treten. Die Behandlung des litauischen Landesrates durch die Militärverwaltung sei nicht zu billigen und zu verstehen. Reichsschatzsekretär Graf Roedern teilt mit, daß der litauische Landesrat in den nächsten Tagen zusammentreten werde. Er sei bereits im Dezember einberufen gewesen, habe aber selbst den Wunsch geäußert, die eigentlichen Sitzungen erst im Januar aufzunehmen. Abg. Dr. David (Soz.) weist darauf hin, daß das, was der Staatssekretär soeben mitgeteilt habe, längst allen bekannt gewesen sei. Man solle mit der Geheimdiplomatie endlich aufhören. Dann polemisiert er in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes gegen die Alldeutschen. Das Selbstbestimmungsrecht der russischen Grenzvölker würde am besten durch demokratisch gewählte Volksvertretungen ausgeübt, denen auch die Landesverwaltung möglichst bald zu übertragen wäre. Nachdem ein Vertreter des Kriegsministeriums noch mitgeteilt hat, daß dort von einer Denkschrift der Herren Rohrbach und Schiemann nichts bekannt sei, wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

*

Das selbständige Finnland.

Rußland erkennt die neue Republik an.

In seiner Antwort auf das Ersuchen der finnischen Regierung bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeit der finnländischen Republik, bringt der Rat der Volkskommissare in voller Übereinstimmung mit dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptausschuß folgendes in Vorschlag: 1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnländischen Republik. 2. In Übereinstimmung mit der finnländischen Regierung Einsetzung eines Sonderausschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Rußland ergeben.

Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands ist **damit eine vollzogene Tatsache.**

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF